

Ost-West-Zielkonflikte

Das Ost-West-Verhältnis ist gegenwärtig durch tiefgehende Zielkonflikte geprägt.

Trumps Ziele

Der amerikanische Präsident Donald Trump will den russischen Präsidenten Wladimir Putin von der Seite Chinas und des Iran weglocken, weil er offensichtlich davon ausgeht, dass *mittelfristig* militärische Zusammenstöße der USA mit China und Israels mit dem Iran nicht zu vermeiden sein werden. Deshalb bot er während der Münchner Sicherheitskonferenz am 14. Februar 2025 durch seinen Verteidigungsminister Pete Hegseth Putin praktisch den Verzicht der Ukraine auf eine NATO-Mitgliedschaft und die Abtretung der von Russland eroberten ukrainischen Gebiete zum Verbleib an.

Kurzfristig möchte Trump ein Waffenstillstandsabkommen der Ukraine mit Russland unter amerikanischer Vermittlung abschließen ohne Einhaltungskontrolle durch amerikanische Soldaten vor Ort. Das würde er wohl europäischen Soldaten überlassen, was Putin allerdings ablehnte, denn das würde für ihn bedeuten, dass dann NATO-Soldaten schon in der Ukraine stationiert wären. Außerdem möchte Trump ein Abkommen mit der Ukraine über einen gemeinsamen Fonds abschließen, der aus zukünftigen Einnahmen aus der Gewinnung wertvoller Mineralien aus der ukrainischen Erde finanziert werden würde. Kiew soll 50 Prozent der Einnahmen aus zukünftigen staatlichen Rohstoffprojekten in den Fonds einzahlen. Das Geld aus dem Fonds soll für Projekte in der Ukraine verwendet werden, „um die Entwicklung, Verarbeitung und Monetarisierung aller öffentlichen sowie privaten ukrainischen Vermögenswerte zu verbessern“.¹ Die längere Anwesenheit amerikanischer Investoren in der Ukraine würde durchaus einen Schutz vor weiterem Vordringen der russischen Truppen darstellen, was Selenskij so nicht gesehen hatte.

Putins Ziele

Der russische Präsident Wladimir Putin ist durch den Zerfall der Sowjetunion, den er offensichtlich bis heute nicht wirklich verarbeitet hat, traumatisiert. Ihm geht es – wie aus seiner Umgebung zu entnehmen ist – nicht primär um die Wiederherstellung der Sowjetunion, sondern darum, die „letzte Runde des Kalten Krieges neu auszutragen“, denn seiner Meinung nach habe die Sowjetunion den Kalten Krieg nicht wirklich verloren, sondern damals nur vor dem Westen kapituliert, so der Vorsitzende des Präsidiums des „Russischen Rats für Außen und Verteidigungspolitik“ und Chefredakteur des russischen Gegenstücks zu „Foreign Affairs“, der Zweimonatszeitschrift „Rossija w globalnoj politiki“ („Russland in der globalen Politik“) Fedor Lukjanow 2014.²

In einem langen Artikel „Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern“ hatte Putin am 12. Juli 2021 sein Ukrainebild dargelegt³: Die Ukraine sei nie ein unabhängiger Staat, sondern ein unveräußerlicher Teil Russlands gewesen, was schon der Name „Ukraine“ ausdrücke, „das am Rande Gelegene“, dem es an einer ausgeprägten ethnischen Identität, Kultur, Religion und Sprache mangle. Territorial gesehen habe die jetzt unabhängige Ukraine keine historische Grundlage und sei zusammengestückelt aus Gebieten des Zarenreichs und der Sowjetunion.

Am 17. Dezember 2021 sandte der Kreml zwei bis ins Detail ausgearbeitete Vertragsentwürfe an die USA und die NATO in unterschiedlichen Formulierungen mit der gleichen Zielsetzung: keine NATO-

¹ <https://www.rferl.org/a/ukraine-trump-zelensky-minerals-deal/33330530.html>

² Lukjanov, Fedor, Perestrojka 2014, Russlands neue Außenpolitik, in: OSTEUROPA 2014, Heft 5-6, S. 143-148.

³ <http://kremlin.ru/events/president/6618/>

Mitgliedschaft der Ukraine und Rückzug der NATO aus ihren osteuropäischen Mitgliedsländern vor die Linie von Mai 1997.⁴

In seiner Fernsehansprache am 24. Februar 2022 begründete Putin den militärischen Überfall auf die Ukraine mit folgenden Kriegszielen: "Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine"⁵ Diese Ziele dürfte Putin bis zum Ende seiner regulären Amtszeit 2036 verfolgen. Im Grunde will er Jalta 2.0, die Neuaufeilung der Einflusszonen Russlands und der USA in Osteuropa.

Selenskijs Ziele

Mit der Änderung der Verfassung am 7. Februar 2019 hat die Ukraine die Mitgliedschaft in der EU und in der NATO zum Staatsziel mit Verfassungsrang erhoben.

Realistischerweise hatte die Ukraine bisher nie wirklich eine Chance, NATO-Mitglied zu werden, weil auf dem NATO-Territorium keine NATO-fremden Truppen stationiert sein dürfen und/oder weil der Grenzverlauf eines NATO-Mitgliedlande völkerrechtlich geregelt sein muss:

- bis zur Krimannexion im März 2014 nicht, weil auf der Krim die Russische Schwarzmeerflotte im Rahmen der Charkiw-Verträgen bis 2042 stationiert war (mit einer Verlängerungsoption bis 2047);
- nach der Krimannexion durch Russland nicht und weil in der Ostukraine russische Soldaten auf der Seite der Separatisten gegen die Ukraine kämpften;
- jetzt nicht wegen des Kriegs.

Eine Chance für einen NATO-Beitritt hätte die Ukraine nur, wenn sie für immer auf die von Russland eroberten ost- und südukrainischen Gebiete einschließlich der Krim verzichten würde.

Seit dem 24. Februar 2022 verteidigt sich die Ukraine gegen die russische militärische Invasion und kämpft um ihr Überleben.

Vorerst geht es um einen Waffenstillstand, der für Friedensverhandlungen Voraussetzung ist. Wenn der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskiy einem Waffenstillstand mit einer Defacto-Überlassung der von russischen Truppen eroberten ukrainischen Gebiete an Moskau - besonders ohne umfassende und robuste militärische Einhaltungskontrolle - zustimmen würde, müsste er mit einem dritten Maidan rechnen, der genauso erfolgreich verlaufen dürfte wie seine beiden Vorgänger. Der erste Maidan, den der Autor als Wahlbeobachter vor Ort selbst erlebt hat, fand 2004 statt, dauerte eine Woche und führte schließlich zur Wiederholung der gefälschten Präsidentenwahl. Der zweite Maidan vom November 2013 bis Februar 2014 mit hundert Toten führte zum Sturz des moskaufreundlichen Präsidenten Viktor Janukowitsch, der sich geweigert hatte, das ein halbes Jahr lang von seiner Regierung mit Brüssel ausgehandelte Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterschreiben. Die bei einem dritten Maidan Protestierenden würden fragen, wofür wohl fast hunderttausend Ukrainer sterben, sich zu Krüppeln schießen, furchtbare Traumata erleiden mussten.

Welche Konzessionen ist Putin bereit zu machen? Keine. Durch militärische Eroberung Grenzen verschieben ist im 21. Jahrhundert nun in Europa erfolgreich durchführbar. Die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene regelbasierte Weltordnung beginnt zu verdunsten. Darunter werden allmählich die Konturen einer neuen Weltordnung sichtbar: Nur Großmächte haben wirklich Souveränität, Nachbarstaaten in ihren Großräumen haben sich ihnen zu fügen.

⁴ https://mid.ru/ru/foreign_policy/rso/nato/1790803/

⁵ <http://kremlin.ru/events/president/news/67843>